

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Datum: 25. Januar 2016

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Seniorengerechtes Wohnen, Mehrzweckraum,
Carl-Spitzweg-Ring 2-4

Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Mitglieder des Sozialausschusses

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Gigliotti, Gisella

Hoiß, Günter

Ostermeier, Maria

Strobl-Viehhauser, Sonja

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Schönberg, Antonius Schriftführer

Huber, Katerina

Winter, Klaus

Abwesende und entschuldigte Personen:

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Impulse zum Arbeitsfeld "Inklusion und Schule"	
TOP 3	Schaffung eines "Ehrenamtspreises der Stadt Puchheim"	2015/0161
TOP 4	Kinderfreundliche Kommune	2016/0166
TOP 5	Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern	
TOP 6	Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen	2016/0171
TOP 7	Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung	2016/0170
TOP 8	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Niederschrift der Sitzung vom 12.10.2015 wurde genehmigt. Der TOP 7 „Impulse zum Arbeitsfeld ‚Inklusion und Schule‘“ wurde vorgezogen.

TOP 2 Impulse zum Arbeitsfeld "Inklusion und Schule"

Herr Grüsser, der Vorsitzende des Behindertenbeirates berichtete auf Bitte des Vorsitzenden von einem Besuch von Vertretern des Behindertenbeirates, der Puchheimer Grundschulen und des Stadtrates in der St.-Johann-Grundschule Peisenberg, die bereits das Schulprofil Inklusion führe. In Peißenberg würden bisher Kinder mit Seh- oder Hörbeeinträchtigungen, Kinder mit erhöhtem Förderbedarf sowie Rollstuhlfahrer und Schüler mit kognitiven Schwächen unterrichtet. Bei den meisten Kindern sei die Behinderung nicht sichtbar. Daneben gäbe es, wie in allen Schulen, Kinder mit Teilleistungsstörungen wie Legasthenie, Dyskalkulie, ADS, ADHS etc. Der erste Impuls in Richtung „Schulprofil Inklusion“ sei in Peißenberg von der Schulleitung ausgegangen, als erkennbar wurde, dass bei der Einschulung eine Anzahl von Kindern mit Behinderung erreicht würde, die eine außergewöhnliche Herausforderung im Unterrichtsablauf darstellten. Voraussetzung für das Schulprofil seien mindestens zehn Kinder mit Behinderung bzw. sieben Kinder mit besonders hohem Förderbedarf. Die Zustimmung von Schulforum, Elternbeirat und Sachaufwandsträger sei eingeholt worden. Verbunden mit der Anerkennung des Schulprofils Inklusion seien zusätzliche Lehrerstunden: In Peißenberg gäbe es eine zusätzliche Lehrkraft mit 13 und eine weitere mit 14 Wochenstunden. Zusätzlich werde dort vom Sachaufwandsträger für zwei Schulen ein Sonderpädagoge finanziert. Die nachträglichen Umrüstungsmaßnahmen pro Klassenzimmer beliefen sich auf ca. 15.000 Euro. Herr Grüsser beendete seinen Bericht mit dem Appell, dass jedes Puchheimer Kind die Möglichkeit bekommen sollte, in Puchheim zur Schule gehen zu können.

In der folgenden Diskussion betonte StRin Gigliotti die wertvolle Unterstützung durch die zusätzlichen personellen Ressourcen und den Vorteil, dass die sozialen Bezüge der Kinder nicht verloren gingen, wenn sie vor Ort eingeschult werden können. Allerdings sei es wichtig, dass Schule und Eltern das Schulprofil mittragen und die Politik den Rahmen so gestalte, dass es kein Muss für Eltern wird, aber ein „Kann“ möglich ist. Es werde kein leichter Weg sein und es sei viel Motivation nötig. Sie plädierte dafür, dass die Politik in Puchheim sich dazu durchringt zu sagen: „Ja, das möchten wir auch“. StRin Ehm ergänzte Informationen aus ihrer Perspektive als Grundschulrektorin: Zunächst einmal sei die Einwilligung der Eltern nötig, um das Kind testen zu können, was für die Eltern kein leichter Schritt sei. Die Grundschule Süd habe Kinder mit stark erhöhtem Förderbedarf, die inkludiert werden könnten, wenn das entsprechende Personal zur Verfügung stünde. Die Schule komme an ihre Grenzen, auch bei den Räumen, die die Grundschule für neue Klassen bräuchte, aber nicht hätte. Die Grundschulen

seien gesetzlich verpflichtet, Inklusionskinder anzunehmen, auch wenn sie nicht das Schulprofil Inklusion haben.

Die Grundschule am Gernerplatz habe laut Schulleiterin Frau Frank-Amberger derzeit nicht zehn Kinder, um mit dem nötigen Vorlauf von einem halben Jahr jetzt einen Antrag stellen zu können. Sie könne nur über fünf Kinder mit Notenaussetzung und ein sehbehindertes Kind berichten.

StRin Strobl-Viehauser regte einen intensiveren Austausch zwischen Schulleitung und Kindergartenleitung an, um mehr Transparenz zu schaffen, welche Kinder in das Inklusionsschema fallen.

Bürgermeister Seidl dankte für die Diskussion und wollte die Voraussetzungen genauer prüfen lassen, so dass bei Bedarf ein Antrag „Schulprofil Inklusion“ gestellt werden könne.

TOP 3 Schaffung eines "Ehrenamtspreises der Stadt Puchheim"

Der Vorsitzende und Herr Tönjes stellten dar, dass der Ehrenamtspreis ehrenamtliches Engagement niedrigschwellig und zusätzlich zu Bürgerehrungen würdigen und als Vorbild sichtbar machen könne. Erste Ideen sähen eine jährliche Verleihung an maximal drei Preisträger vor. Es sollten Einzelpersonen jeden Alters, Gruppen, Vereine, Unternehmen usw. zur Ehrung vorgeschlagen werden können. Entscheidend sei, dass der Bezug zum Gemeinwohl und zum Ehrenamt in Puchheim bestehe. Eine finanzielle Obergrenze von 2.000 Euro für ein mögliches Preisgeld sei denkbar.

Bürgermeister Seidl regte an, die Auswahl evtl. einem fünfköpfigen Gremium übertragen, das mit Vertretern aus Wirtschaft, Bildung, Religion, Sport, Umwelt, Gesellschaft usw. besetzt werden soll. Die grundsätzliche Idee eines Ehrenamtspreises stieß bei aller Vielfalt der Ansichten über die konkrete Gestaltung (Zahl der Preisträger, Auswahlkriterien, Höhe des Preisgeldes, Rahmen der Würdigung) auf große Zustimmung. Lediglich StR Wuschig sprach sich gegen eine zusätzliche Ehrung aus.

Beschluss

Der Sozialausschuss begrüßt die Einführung eines Ehrenamtspreises und beauftragt den Ersten Bürgermeister, die Einzelheiten auf Grundlage der vorgelegten Richtlinien unter Einbeziehung von Vertretern aller Fraktionen zu entwickeln. .

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 1 Anwesend 10 Befangen 0

TOP 4 Kinderfreundliche Kommune

In Anknüpfung an eine Laudatio bei der Bürgerehrung der vorhergehenden Woche erinnerte Herr Tönjes an Rousseaus Erziehungsroman „Émile“, mit dem die Kindheit erstmals als eigenständige Lebensphase begriffen wurde. Es sei gesellschaftliche und rechtliche Übereinkunft auch in heutiger Zeit, dass Kinder besonderer Förderung und altersgerechter Angebote zur Teilhabe bedürfen – für die Verwirklichung eigener Lebenschancen, aber auch für die Entwicklung der Gesellschaft. Puchheim habe in den letzten Jahrzehnten viel für eine gute Kindheit getan, es gäbe aber auch noch Felder mit Verbesserungspotential. Das Projekt ermögliche es, die vielfältigen Initiativen für Kinder unter fachlicher Begleitung zu vernetzen und in einem Aktionsplan auf gemeinsame, auch von der Bürgerschaft und natürlich Kindern getragene Ziele auszurichten. Am Schluss könne die Verleihung der Auszeichnung „Kinderfreundliche Kommune“ stehen. Wichtig sei dabei nicht das Label, sondern die weitere Stärkung der in Puchheim bereits etablierten Kultur der Kinderfreundlichkeit.

Frau Weinbuch stellte das Programm „Kinderfreundliche Kommune“ vor. Träger des Vereins „Kinderfreundliche Kommune e.V.“ seien das UNICEF Komitee Deutschland e.V. und das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. Ziel sei die lokale Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die Gebühren würden für die ersten vier Jahre 4.000 Euro/Jahr betragen, für die folgenden drei Jahre 2.000 Euro/Jahr, danach fielen keine Gebühren mehr an. Bewerben könnten sich Kommunen jeder Größe, in Bayern sei bisher nur Regensburg ausgezeichnet worden. Es soll ein Prozess initiiert werden, in dem nach einer Standortbestimmung konkrete Ziele und darauf aufbauend ein Aktionsplan und ein Monitoring erarbeitet werden. Der Prozess wird durch eine Sachverständigenkommission fachlich begleitet.

StR Wuschig griff die allgemeine Zustimmung im Gremium mit der Bemerkung auf, ihm gefalle das Konzept. Ihm ist es besonders wichtig, dass die Herausforderung berücksichtigt wird, auch Kindern mit Migrationshintergrund zu vermitteln, dass sie Rechte haben. Erster Bürgermeister Seidl betonte, dass sich die Arbeit auf Dauer auszahle und nicht nächstes Jahr große Früchte erwartet werden dürften.

Beschluss

Die Stadt Puchheim bewirbt sich um Aufnahme in das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“. Sie beabsichtigt, im Rahmen der Realisierung des sozialpolitischen Leitbildes der Stadt verbindliche Ziele für Schutz, Förderung und Teilhabe von Kindern in Puchheim festlegen. In einem Aktionsplan sollen unter Einbeziehung der schon vorhandenen vielfältigen lokalen Initiativen und Akteure konkrete Maßnahmen zur Umsetzung und Qualitätssicherung entwickelt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, den Prozess unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern des Stadtrates zu gestalten und den Sachstand regelmäßig im Sozialausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend 10 Befangen 0

TOP 5 Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern

Frank Erhardt, ehrenamtlicher Koordinator für IT und Praktikum/Arbeit, und Antonia Wenzl, ehrenamtliche Koordinatorin für Sprachkurse, gaben einen Überblick über die Tätigkeit des Asylhelferkreises in den genannten Arbeitsgruppen. Für die Sprachkurs-AG seien 40 Helfer aktiv. Für den anspruchsvollen Alphabetisierungskurs, in dem Flüchtlinge die lateinische Schrift lernen, würden weitere Lehrkräfte gesucht. Kursmaterialien würden überwiegend aus Spendenmitteln und städtischen Zuschüssen finanziert. Alle Flüchtlinge könnten an diesen Sprachkursen teilnehmen (weitere Anbieter seien die VHS, das BIZ und die Arbeitsagentur München). Schwierig sei es, alleinerziehende und verheiratete Frauen in die Sprachkurse zu integrieren.

Herr Ehrhardt berichtete über die anstehende Einrichtung eines Internetanschlusses und von TV-Anschlüssen, die Wahl von Multiplikatoren aus den Kreis der Asylbewerber im Haus Siemensstraße und die Erstellung einer aktuellen Liste ehrenamtlicher Dolmetscher. Wichtige Voraussetzung für die Unterstützung der vielen arbeitswilligen Flüchtlinge und die Kontaktaufnahme mit potentiellen Arbeitgebern in der Breite wäre nach Aussage von Herrn Erhardt eine verlässliche Zusage der Ausländerbehörde, dass entsprechende Genehmigungen zügig erteilt werden. Auch für diese AG „Praktika und Arbeit“ würden weitere ehrenamtliche Helfer gesucht.

Bürgermeister Seidl dankte den ehrenamtlichen Helfern und sicherte ihnen weitere Unterstützung der Stadt, sowohl im finanziellen als auch logistischen Bereich, zu. Unabhängig voneinander hatten Stadträte und Ehrenamtliche die Idee, dass die Asylbewerber eine Petition an die Stadt übergeben könnten, in der sie die Ereignisse der Silvesternacht aufgreifen und sich für die Rechte von Frauen und die Einhaltung von Gesetzen usw. aussprechen.

TOP 6 Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Frau Weinbuch und Herr Schönberg stellten ihre bisherigen Aktivitäten und weiteren Überlegungen zur Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge vor. Sie berichteten zunächst über Ergebnisse einer von den ehrenamtlichen Asylhelfern initiierten und durchgeführten Leitfadensbefragung der Flüchtlinge der Siemensstraße 4 vom Ende des vergangenen Jahres: Dort lebten hauptsächlich 18-25-jährige Flüchtlinge. Bei mehr als der Hälfte der Bewohner könne mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ihr Antrag auf Asyl bzw. Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft anerkannt werde.

Deutschkenntnisse seien selten angegeben worden, Englischkenntnisse jedoch von mehr als jedem Dritten. Etwa jeder fünfte plane, Familienangehörige aus seinem Herkunftsland nachzuholen.

Für Deutschland lägen weitere Befunde zur beruflichen Ausgangslage der Flüchtlinge vor: Die Beschäftigungsquote von Flüchtlingen liege im Zuzugsjahr unter 10%, fünf Jahre später liege sie bei 50%, nach 15 Jahren bei 70%. Gute Chancen auf Arbeitsmarktintegration bestünden erst nach Abschluss des Asylverfahrens. Der Bedarf an Qualifizierung und Sprachförderung sei groß. Beim Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugang müssten erhebliche juristische Voraussetzungen beachtet werden. Als Vorabmaßnahmen zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration seien neben der o.g. Leitfadenerhebung Angebote zur Berufsorientierung, Unterstützung bei der Anerkennung von ausländischen schulischen und beruflichen Abschlüssen, Praktika, Vorbereitung auf einen Berufsschulbesuch, Fördermaßnahmen der Arbeitsverwaltung und 1,05-Euro-Jobs initiiert worden. Hilfreiche Partner seien die ehrenamtlichen Asylhelfer, Diakonie Fürstfeldbruck, IHK, Handwerkskammer, Innungen, Pack mas e.V., Arbeitsverwaltung, „Essbare Stadt Puchheim“, Patenmodell Jobbrücke München, Bildungseinrichtungen, das Netzwerk „Flüchtlinge in Beruf und Arbeit“ usw. gewesen.

zur Kenntnis genommen

TOP 7 Sachstandsbericht Kindertagesbetreuung

Herr Winter stellte anhand einer kurzen Präsentation die Lage im Bereich der Kindertagesbetreuung dar. Ursprünglich gab es nach seinen Worten für das aktuelle Betreuungsjahr 263 Anmeldungen für Kindergärten und 126 für Krippen. Davon hätten (Stand Mitte Januar 2016) 247 Kinder einen Kindergartenplatz bekommen und 107 einen Krippenplatz erhalten. Im Verlauf des Betreuungsjahres seien 50 Anmeldungen für Kindergärten und 20 für Krippen dazu gekommen. Ende Januar 2016 eröffne der neue Kindergarten ZickZack, der bis zu 70 Kindergartenkinder aufnehmen könne. Problematisch sei weiterhin die Personalsituation in allen Kindertagesbetreuungseinrichtungen. Im Krippenbereich seien Plätze teilweise gesplittet (drei und zwei Tage). Die Belegungssituation habe sich im Vergleich zum Herbst 2015 nicht wesentlich geändert. Einige Einrichtungen würden zwar bei der Personalsuche fünfzig und konnten Wartelistenkinder aufnehmen, bei anderen hingegen habe sich die Situation verschlechtert. Nur wenige Einrichtungen verfügten über Personalreserven, mit denen bei Ausfall von pädagogischem Personal Betreuungsstunden aufgefangen werden können. Die Folge sei, dass Eltern nicht mehr die Buchungszeiten in Anspruch nehmen können, die sie benötigen, und Wartelistenkinder länger auf einen Platz warten müssen. Diese Situation treffe auch für die Horte zu.

zur Kenntnis genommen

TOP 8 Mitteilungen und Anfragen

StR Hoiß fragte nach, warum die im letztjährigen Haushalt eingestellten Mittel für die Anschaffung eines Busses für das JUZ bisher nicht abgerufen wurden. Nach Aussage von Herrn Winter konnte der vorhandene Bus noch verhältnismäßig wenig Mitteln TÜV-tauglich gemacht werden. Auf weitere Anfrage erklärte Herr Winter, dass der behindertengerechte Zugang zum neuen Kindergarten ZickZack im Bau sei.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Sozialausschusses um 19:50 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Antonius Schönberg

Erster Bürgermeister

Katerina Huber